

Bezugspreis:
Bretteljährl. 36.— M., monatl. 12.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
freigang: Monatlich 12.— M., einjähr. 120.—
M., einschließlich Unter-Arenaband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Kurland. 2.— M. für
das übrige Ausland 2.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Weltweit“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Vorwärts 15195-97
Expedition Vorwärts 11753-54

Dienstag, den 22. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Vorwärts 11753-54

Anzeigenpreis:

Die je halbspaltige Kompositionszeile
kostet 7.— M. „Kleine Anzeigen“
das halbspaltige Wort 3.— M. (zu-
läufig zwei halbspaltige Worte), jedes
weitere Wort 1/10 M. Stellensuche
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1/10 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Größtens
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Die belgischen Wahlen.

Brüssel, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) In-
folge des besonders komplizierten Verfahrens bei der Stimmen-
zählung ist es bis heute abend noch nicht möglich, abschließende
Ergebnisse der Kammer- und Senatswahlen zu melden, die am
Sonntag in ganz Belgien stattgefunden haben. Indessen läßt
sich bereits ein allgemeiner Ueberblick gewinnen. Die Lage
ist für unsere belgischen Genossen insofern ausgezeichnet,
als die

Arbeiterpartei einen Stimmenzuwachs
zu verzeichnen hat. An einen Mandatgewinn war unter den
obwaltenden Verhältnissen nicht zu denken, denn die Sozial-
isten kämpften allein gegen einen Block von Liberalen
und Katholiken, die unter weitgehender Zurück-
setzung ihrer bisherigen Gegenseite ihre vereinte Kraft gegen
die Vertreter der Arbeiterklasse gerichtet hatten. Die Bürger-
lichen appellierten dabei an die egoistischen Instinkte und pri-
vaten Interessen weiser Bevölkerungsschichten. Insbesondere
wurden die Schankwirte gegen die sozialistische Partei mobil
gemacht, deren Minister seinerzeit notwendige Maßnahmen
durchgesetzt hatten, so das Gesetz über den Alkoholverbrauch.

An Teilergebnissen lassen sich bis zur Stunde fol-
gende Zahlen angeben:

In Brüssel,

wo bisher nur die Ergebnisse von 370 von insgesamt 620
Wahllokalen bekannt sind, haben:

die Sozialisten	48 000 Stimmen
die Liberalen	38 000 „
die Klerikalen	36 000 „

Bisher zählte die Hauptstadt 8 sozialistische Abgeordnete, die
voraussichtlich sämtlich wiedergewählt wurden. Die
Liberalen dürften dort ein Mandat gewinnen. Im Wahlkreis
von

Lüttich

gewinnt die Partei einen Sitz, die Zahl ihrer Abgeordneten ist
dort von 7 auf 8 gestiegen.

Bis zur Stunde läßt sich folgendes Gesamtergeb-
nis voraussagen: Die Liberalen gewinnen einen
Sitz, die Klerikalen drei und die Sozialisten
dürften entweder ihren bisherigen Stand
behalten oder einen, vielleicht auch zwei Sitze einbüßen.
Verloren hat ferner die flämisch-aktivistische „Frontpartei“.

Deutschland muß zahlen.

Paris, 21. November. (D.A.) „Matin“ meldet aus London:
hier wird bekannt, daß Sir John Bradbury, der erste britische
Delegierte in der Reparationskommission, dem Reichskanzler Dr.
Wirth bei den Berliner Verhandlungen der Kommission folgende
Erklärung abgegeben hat:

Deutschland kann und muß bezahlen. Die Reparationskom-
mission hat darin entschieden, daß die Zahlungsbedingungen nicht
abgeändert werden. Deutschland ist reich an Hilfsquellen, und alle
seine Fabriken arbeiten. Bei dieser Sachlage ist Deutschland im-
stande, sich die erforderlichen Kredite zu beschaffen.

Paris, 21. November. (D.A.) Der Präsident der Repara-
tionskommission Dubois ist aus Berlin in Paris eingetroffen. In
seiner Begleitung befand sich Bradbury. Ueber das Resultat der
Verhandlungen befragt, erklärte Dubois, daß er getan habe, was
möglich war, um Deutschland zu veranlassen, die Reparations-
forderungen zu erfüllen. Die Reichsregierung scheint entschlossen zu
sein, die Entente zufriedenzustellen.

Paris, 21. November. (W.B.) Der „Temps“ glaubt zu wissen,
daß die Reparationskommission jede Diskussion mit der deutschen Re-
gierung über Verschiebung der nächsten Ratenzahlungen und über
die Möglichkeit einer Revision des Zahlungsstatuts nach Ablauf der
beiden Fälligkeitstage abgelehnt habe. Unter den Mitgliedern der
Kommission möge es gewisse Meinungsverschiedenheiten über das
einzuschlagende Verfahren gegeben haben, über die Sache selbst jedoch
ebenso wenig wie über die Prinzipien. Am 15. Januar werde Deutsch-
land, da es bereits einige Lieferungen geleistet hat, 400 Millionen
Goldmark zu entrichten haben, am 15. Februar von der 20prozentigen
Ausfuhrzölle 275 Millionen Goldmark. Deutschland besitze ge-
wisse Mengen fremder Devisen, da es seit Monat August von der
Ausfuhr etwa 80 Millionen Goldmark jeden Monat bezogen habe.
Dapon mußte ein Teil zur Bezahlung kurzfristiger Anleihen verwen-
det werden, ein anderer zur Bezahlung eingeführter Lebensmittel
und Rohstoffe. Die deutsche Regierung erklärte, daß sie die fälligen
500 Millionen Goldmark nicht aus eigenen Mitteln bestreiten könne,
weshalb sie sich an die Industrie wegen Gewährung einer Anleihe
gewandt habe. Das Blatt behauptet, daß es den Industriegewerks-
schaften sein würde, diese 500 Millionen Goldmark zur Verfügung
zu stellen. Nachdem auf diese Weise die Januar- und Februarzah-
lungen sichergestellt seien, hätte die deutsche Regierung reichlich Zeit,
die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen und wegen der Auf-
nahme auswärtiger Anleihen zu verhandeln.

Schluß der Arbeitskonferenz.

Genf, 20. November. (W.B.) Der von zahlreichen Arbeiter-
vertretern unterstützte Antrag der deutschösterreichischen, finnlan-
dischen, estländischen, lettischen und jugoslawischen Arbeit-
nehmervertreter auf Zulassung der deutschen Sprache als dritte
amtliche Sprache des Internationalen Arbeitsamtes und der Kon-
ferenz wurde ausführlich von Morawitz (Wien) begründet. Er
wies darauf hin, daß es im eigenen Interesse der Internatio-
nalen Arbeiterorganisationen liege, die deutsche Sprache als die
Sprache einer großen Zahl von gewerkschaftlich und sozial fort-
geschrittenen Ländern hinzuzuziehen. Dieser Antrag veran-
laßte die Vertreter verschiedener Staaten, auch die Zulassung ihrer
Sprache zu fordern, so den spanischen und den jugoslawischen Re-
gierungsvertreter. Direktor Albert Thomas wies darauf hin, daß
die ganze Angelegenheit vor den Verwaltungsrat gehöre, dessen Be-
stimmung aus praktischen, vor allem finanziellen Gründen früher
die amtliche Einführung neuer Sprachen abgelehnt hat, dem
Direktor aber alle Freiheiten gelassen hatte, auch die deutsche
Sprache für die Veröffentlichungen hinzuzuziehen. Nach einer län-
geren Debatte beschloß die Konferenz, den Verwaltungsrat mit der
Prüfung des Problems neuer amtlicher Sprachen zu betrauen.
Die feierlichen Schlussreden, so die des Präsidenten Burham
und der Vertreter der Regierungen sowie der Arbeitgeber sprachen
viel von positivem Erfolg der Konferenz, während Jouhaug im
Namen der Arbeitervertreter auch ernste kritische Töne anschlug. Er
betonte jedoch gleichzeitig, wie alle anderen Redner, so namentlich
auch Albert Thomas, dem die Konferenz einstimmig große Ovationen
darbrachte, die Solidarität zwischen allen auf der Konferenz ver-
tretenen Gruppen in bezug auf sozialen Fortschritt und
die Befundung der Weltwirtschaft.

Putzgefahren!

Ein Teil der Presse gefällt sich darin, die Gefahr eines
neuen linksbolschewistischen Putsches riesengroß
an die Wand zu malen. Ein politisches Interesse daran be-
steht einerseits bei der KPD., die sich gern durch den Anschein
von Gefährlichkeit interessieren möchte, und andererseits
bei den Deutschnationalen, die ja die unmittelbaren Nutznießer
aller kommunistischen Torheiten sind. Die Sensationspresse
tut ein übriges, um Aufregung herbeizurufen, wo ruhigste Be-
obachtung am Platze ist.

Zweifellos hat die neue Teuerungswelle starke Unruhe in
die Massen getragen, die sich nur durch eine einigermaßen aus-
reichende Angleichung der Löhne und Gehälter an die neuen
Preise beschwichtigen läßt. Das herausfordernde Gebaren der
Industrie, ihre Forderung nach Privatisierung der
Eisenbahnen, die tatsächliche Straffreiheit der Rechts-
verbrecher gegenüber den schweren Strafen, die über Unfs-
verbrecher verhängt sind, schaffen eine starke politische Er-
regung, der die Regierung nur durch Beweise ihrer sozialen
und nach allen Seiten gleichmäßig gerechten Gesinnung be-
gegnet kann. In den Massen besteht aber ein starkes Ver-
mögen, zwischen berechtigten und phantastischen, nur zum
Zweck der Agitation aufgestellten Forderungen zu unter-
scheiden, eine starke Abneigung, letzte gewerkschaftliche Mittel
anders als im Fall äußerster Not zu benutzen, und nicht das
mindeste Verlangen, für eine Sozialisierung Deutsch-
lands ihre Haut zu Markte zu tragen.

Da die Kommunisten selber das russische Vorbild kaum
noch zu empfehlen wagen, ist ihre ganze Aktivität politisch
ziellos geworden. Sie kann nur noch den Zweck haben,
bei minder klarschauenden Arbeitern den Eindruck zu erwecken,
als ob sich die KPD. besonders eifrig ihrer annähme, und auf
diese Weise Mitglieder und Wähler zu gewinnen. An einen
kommunistischen „Umsturz“ glaubt kein Mensch, am aller-
wenigsten wahrscheinlich ein Kommunist.

Man soll die Dinge nicht rosig, aber auch nicht schwärzer
machen, als sie sind. Zweifellos ist die Situation ernst und
besteht die Gefahr, daß sich notleidende Massen da oder dort
zu unbefonnenen Handlungen verleiten lassen und dadurch die
Staatsgewalt zum Einschreiten herausfordern, die unter jeder
Staatsform für den Schutz von Leben und Eigentum eintreten
muß. Bekämpft werden kann aber diese Gefahr nicht durch
Scharfmacherei, sondern nur durch soziales Ver-
ständnis.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein Artikel
in der gestrigen Abendausgabe der „Freiheit“. Das Blatt be-
tont, daß die Unabhängigen nicht daran dächten, von ihrer bisher
streng ablehnenden Haltung gegen Putsche und
Einzelaktionen irgend etwas preiszugeben. Man wisse ja, daß mit
Einzelaktionen irgendwelcher Art keine Aussicht auf Erfolg verknüpft
sei. Sie verzeitelten die Kräfte und „gefährden wegen der mit ihr
unausbleiblich verbundenen Schwächung der Arbeiterklasse auch den
Kampf gegen Teuerung, Wucher und Steuerdruck“. „Den Ge-
fangenen in Lichtenburg“, schreibt die „Freiheit“ weiter, „wäre
ebenfalls mit einem Generostreik nicht genügt.“

Sürsorge für Rentenempfänger.

Das „Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unter-
stützung von Rentenempfängern der Invaliden- und An-
gestelltenversicherung“, das der Reichstag am Sonnabend be-
schlossen hat, ist ein erster Schritt auf einem neuen Wege.

Bisher hat das Reich die Renten aus der Invaliden- und
Angestelltenversicherung, die infolge der Teuerung immer
weniger den Bedürfnissen genügen, durch allgemeine Zu-
schläge erhöht. Die jetzigen Zuschläge betragen 70 M. zu jeder
Invaliden- und Altersrente, 55 M. zu jeder Witwen- und
Witwerrente und 30 M. zu jeder Waisenrente monatlich.
Der Durchschnittsjahresbetrag ist gegenwärtig rund 1050 M.
für jede Invaliden- und Altersrente, 750 M. für jede Witwen-
und Witwerrente und rund 400 M. für jede Waisenrente.
Da diese Beträge selbstverständlich nicht genügen, haben
unsere Genossen immer wieder auf die Erhöhung der
Renten gedrängt. Dem Verlangen soll jetzt durch das neue
Gesetz Rechnung getragen werden. Jedoch wollte der Re-
gierungsentwurf die Notstandsmaßnahmen auf die Renten
der Invalidenversicherung beschränken. Schon der vorläufige
Reichswirtschaftsrat regte die Ausdehnung des Gesetzes auf
die Renten der Angestelltenversicherung an. Das hat denn
auch der Reichstag beschlossen.

Das Neue des Gesetzes liegt darin, daß die weiteren
Zuschläge zu den Renten nicht allen Rentenempfängern ge-
währt werden, sondern nur den bedürftigen. Die
Sozialdemokraten wandten sich — wiederum im Einklang mit
dem einstimmigen Beschluß des Reichswirtschaftsrats — da-
gegen, weil unter den jetzigen Verhältnissen keine Sicherung
dafür besteht, daß wirklich alle Bedürftigen in der nötigen
Weise berücksichtigt werden. Die bürgerlichen Parteien be-
schlossen aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in
diesem Sinne.

Die neuen Zuschläge sollen in der Weise festgestellt wer-
den, daß ein Mindestgesamteinkommen für jeden
Rentenempfänger festgelegt wird und der Fehlbetrag ihm als
ein weiterer Zuschlag zu seiner Rente bewilligt wird. Der
Entwurf schlägt für das Gesamteinkommen des Empfängers
einer Invaliden- und Altersrente den Jahresbetrag von
2100 M. vor, einer Witwen- und Witwerrente von 1500 M.,
einer Waisenrente von 800 M. Beträgt z. B. die Invaliden-
rente im Jahre 1100 M. und hat der Rentenempfänger kein
anderes Einkommen, so soll ihm gewährt werden ein Zuschlag
in der Höhe von 2100 M. weniger 1100 M. gleich 1000 M.
Hat er dagegen außer der Rente noch ein Einkommen von
1500 M. im Jahr, so macht das zusammen mit der Rente von
1100 M. mehr als 2100 M.; mithin bekommt der Renten-
empfänger keinen Zuschlag.

Unsere Genossen verlangten zunächst, daß die Grenze des
hier zu berücksichtigenden Einkommens bedeutend erhöht
werde. Sie erreichten, daß die Beträge für das Gesamt-
einkommen — wiederum entsprechend dem einstimmigen Be-
schluß des Reichswirtschaftsrats — auf 3000, 2100 und 1200
Mark erhöht worden sind. Hat der Rentenempfänger Kinder
unter 15 Jahren, die nicht eine Rente aus der Reichsversiche-
rung beziehen, so sollte nach dem Entwurf das zu erreichende
Gesamteinkommen für jedes dieser Kinder um 120 M. erhöht
werden. Die Sozialdemokraten verlangten auch hier eine Er-
höhung des Betrages; mindestens jedoch sollte der Renten-
empfänger den Betrag bekommen, der seiner Familie im Falle
seines Todes zustehen würde; denn dieser Betrag wäre nach
den vorgeschlagenen Bestimmungen durchaus nicht immer er-
reicht. Schließlich wurde der zuzuschlagende Betrag für die
ersten drei Kinder auf je 500 M. und für die weiteren Kinder
auf je 300 M. erhöht. Dagegen lehnten die bürgerlichen Par-
teien den Zusatz ab, daß in allen Fällen der Invaliden nicht
weniger bekommen dürfe, als im Falle seines Todes seine
Familie bekommen würde.

Bei der Berechnung des Gesamteinkommens sollte nach
dem Entwurf alles, was der Rentenempfänger überhaupt an
Einnahmen hatte, angerechnet werden. Unsere Genossen er-
reichten, daß von dem Arbeitsverdienst des Rentenempfängers
2000 M. nicht angerechnet werden. Wenn also ein Renten-
empfänger außer seiner Rente von 1100 M. noch 2000 M.
Arbeitsverdienst hat, dann beträgt zwar sein Gesamteinkom-
men 3100 M. Danach hätte er, wäre der Entwurf in diesem
Punkte unverändert geblieben, keinen Anspruch auf einen
weiteren Zuschlag der Rente gehabt. Da aber die 2000 M.
Arbeitsverdienst nicht angerechnet werden, so muß ihm der
Unterschied gleich 1000 M. als weiterer Zuschlag gewährt
werden.

Ebenso verlangten die Sozialdemokraten, daß Bezüge
aus öffentlichen oder privaten Unterstützungseinrichtungen
nicht angerechnet werden. Sie konnten aber nur durchsetzen,
daß von derartigen Bezügen der Betrag von 600 M. nicht
angerechnet wird. Als solche Bezüge kommen in Betracht
solche auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes
oder anderer Militärversorgungsgesetzen aus der knappschaft-
lichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versiche-
rungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrich-
tungen sowie aus Sparguthaben. Die Bezüge der Hinter-
bliebenen werden hierbei zusammengerechnet.

Unterstützungen der Familienangehörigen sollen — wiederum

einer Anregung der SPD-Fraktion zufolge — dann nicht angerechnet werden, wenn sie von Angehörigen geleistet werden, die selbst in bedürftiger Lage sind und sich die Unterhaltungen vom Munde absparen müssen. Sie werden nur dann angerechnet, wenn sie auf Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht oder vertraglich übernommener Verpflichtungen geleistet werden müssen. Die Anträge auf Gewährung der Fürsorge sind an die Gemeinde zu stellen. Diese muß über alle Streitfragen unter Zuziehung von Personen aus den Kreisen der Versicherten oder Rentempfänger entscheiden. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig. Die Kosten werden von den Gemeinden zu zwei Zehntel, vom Reich zu acht Zehntel getragen.

Am Sonntag und Montag fand in Berlin eine Reichsfürsorgekonferenz für die Interessen der Arbeitswilligen und Hinterbliebenen Deutschlands statt, zu der der Zentralverband der Invaliden und Witwen eingeladen hatte. Auf der Tagesordnung standen drei Referate: 1. Die Ausgestaltung der Sozialversicherung, Referent A. Karsten-Peine, M. d. R., 2. Soziale Fürsorge für Invaliden und Hinterbliebenen, Referent Verbandsvorsitzender Lüneburg-Berlin, 3. Die Erwerbsbefähigung der Invaliden, Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, Referent Hüfmeier-Hamburg, Direktor des Hamburger Arbeitsamtes. Die Ausführungen des Referenten Karsten gipfelten in einer längeren Resolution, in der weitestgehende Zuschußleistung durch das Reich gefordert wird. Ferner wird verlangt, die sozialen Versicherungsorganisationen, einschließlich der Privatangeestelltenversicherung zu einem großen Bau der Sozialgesetzgebung zusammenzuschließen.

Wie zur Durchführung der grundlegenden Neugestaltung fordert die Konferenz Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung unter Kontrolle aus den Reihen der Beteiligten und durchgreifende Heilbehandlung sowie kostenlose Lieferung der erforderlichen Heilmittel und Hilfsmittel, ferner ausreichende Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit, Festsetzung der Rentenleistungen und sonstiger Bezüge entsprechend dem Soldwert, gleichmäßige Leistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Unfall und Kriegsbeschädigung, gesicherte Existenz für die Hinterbliebenen. Des weiteren forderte die Konferenz die Hinzuziehung des Vorstandes des Zentralverbandes der Invaliden zur Beratung aller die soziale Versicherungs-gesetzgebung und soziale Fürsorge betreffenden Fragen.

Ferner wurden mehrere Referate über die Reform der Unfallversicherung sowie der Praxis der Versicherungsämter gehalten. Gegen die Tätigkeit der Ämter bei der Rentensfeststellung wurden lebhafteste Klagen erhoben. An der Diskussion beteiligten sich Vertreter der drei sozialistischen Parteien.

Das Urteil im Kieler Spionageprozess.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand am Dienstag voriger Woche bis gestern ein Prozeß wegen versuchten und vollendeten Betrugs militärischer Geheimnisse gegen elf Angeklagte aus Kiel statt. Sämtliche Angeklagte hatten längere Zeit in Untersuchungshaft gesessen. Als Sachverständige fungierten Oberregierungsrat Baudahn vom Reichsmarineamt in Berlin und Kapitänleutnant Hirth von der gleichen Behörde. Dem Gericht nachmittags fällte das Reichsgericht das Urteil. Es wurden verurteilt: der Leutnant z. S. a. D. von Berken zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, der Maschinenmaat Fedder zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Maschinenmaat Naas zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, die Magazinangestellte Bartels und Moritz sowie Polizeistreifer a. D. Baetke zu je 7 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Dachpfer Scheil, Feuerwerksleutnant König, Versicherungsagent Schollmeyer und Frau Beyer wurden freigesprochen. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden. Sämtlichen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft voll angerechnet bzw. die Strafe für verbüßt erachtet.

Wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Staatssicherheit war — wie gewöhnlich! — während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Frauenbetrachtung zum „Reigen“-Prozeß

Die letzten Wochen waren die Spalten der Zeitungen gefüllt mit den Berichten über den „Reigen“-Prozeß. Es wurde darüber gestritten, ob der „Reigen“ ein Kunstwerk sei oder nicht, und ob er als solches auf einer Bühne aufgeführt werden dürfe. Der große Apparat einer gerichtlichen Verhandlung, ein ganzer Heerband von Zeugen aus allen Ständen wird aufgeboten. Das hätte für einen Menschen, der gleichweit von Brüderlei wie von Geißheit entfernt ist, beinahe etwas Groteskes. Denn um die Tatsache kommen wir nicht herum, daß die Dinge, die der „Reigen“ schildert, in der Wirklichkeit genau so und noch schlimmer vorhanden sind. So lange man aber in der Praxis der Prostitution nicht mit allen verfügbaren Mitteln geschlicher und wirtschaftlicher Art den Boden abgräbt, — solange die Übung der „doppelten Moral“ die unbeschulte Frau zum Fremdwort für jeden Schürzenjäger macht, und solange es Frauen gibt, die es den Männern gleichtun, solange hat keine hohe Obrigkeit das Recht, sich als Tugendwächter aufzuspielen. Noch weniger haben es die Kreise, die alle sozialpolitischen und sozialhygienischen Maßnahmen dagegen als staatsfeindlich und familienzerstörend zu hintertreiben suchen. Diese Dinge sind lebendig und finden ihren Niederschlag in den guten oder schlechten Werten der Künstler und Werturteilen auf jedem Gebiete. Es ist sehr bezeichnend, daß die Erotik überhaupt einen so breiten Raum in unserer Zeit einnimmt, daß ihr die „Liebe“ das Problem der Probleme bedeutet. Das darf man beklagen, aber Polizeigewalt ändert an dieser Tatsache nichts, macht sie im Gegenteil wohl nur noch schlimmer. Hier kann nur geholfen werden, wenn man den Boden umplügt und neu bestellt; die einzelnen wilden Triebe zu beschneiden ist zwecklos, weil für einen beseitigten immer gleich ein Duzend neu emporsteht.

Ein Blick auf den Theaterzettel unserer Tage gibt davon ein bereites Zeugnis. Man liest, um nur einiges zu nennen: „Auf doch nicht immer nackt hier“, „Die Ehe im Kreise“, „Fräulein Josefette — meine Frau“, „Die Dame im Bett“, und von allen Vaterempfinden schreit es einem seit Wochen entgegen: „Zeit mir mal beim Muttermoral“. Versprechen solche Titel und Unterhalt nicht wirklich alles Mögliche? Es scheint, als ob für diese Kunstgattung weniger sittenstrenge Gesetze gelten als für das ernsthafte Kunstwerk. Luschen wir uns doch darüber nicht hinweg; die große Masse sieht in der Schaukunst nicht die „moralische Anstalt“, wie Schiller sie sich dachte, sondern will sich amüsieren. Sie wird in der Regel — und bei Werken mit stark erotischem Einschlag ganz besonders — nur durch die großmännliche Fabel gefesselt; alles übrige, was dem Dichter die eigenwillige Hauptsache ist, geht als unverstandenes Beiwerk in der angeschlagenen sexuellen Erregung glatt verloren. Und als Unterhaltungsstoff sind diese Dinge doch schließlich zu ernst und gefährlich. Das Problem, das speziell der „Reigen“ behandelt, ist eins der furchtbarsten und grauigsten, die

Von der Berliner Presse.

Das neue Blatt der Volkspartei. — Koffschrei der „Kreuzzeitung“.

Das neue Blatt der Deutschen Volkspartei „Die Zeit“ kündigt in einem Rundschreiben sein Erscheinen an. Die Gründung, heißt es darin, sei notwendig, da die Haltung der Deutschen Volkspartei in der Berliner Presse vielfach falsch dargestellt worden sei, ohne daß die Partei in der Lage gewesen wäre, sich zu verteidigen. Ueber das politische Programm wird sonst wenig gesagt, das Blatt soll „eine Waffenschmiede für freies geistiges Deutschland“ werden. Herausgeber ist bekanntlich Heinrich Rippler, der Gustav Wanz, Karl Streck und Kurt Aram von der „Täglichen Rundschau“ mitgenommen hat. Das Blatt wird zweimal täglich mit einer Industrie- und Handelsbeilage erscheinen.

Ein untergehender Stern neben diesem aufgehenden scheint die „Kreuzzeitung“ zu sein. Sie bittet mit ihrem glücklich wiedergefundenen Kopf „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ (darunter „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“) in einem Rundschreiben um Unterstützung. Energievolle Anstrengungen, wie darin gesagt, seien nötig, um zu verhindern, daß das Blatt „in seinen Grundlagen erschüttert“ würde, ein Verschwinden der „Kreuzzeitung“ wäre „ein tödlicher Schlag für den nationalen Gedanken“, der danach nur noch ziemlich schwach zu leben scheint.

Unterzeichnet ist der Koffschrei von vier Herren des Ausschusses, darunter Herrn v. Heydebrand.

Hungerstreik auch in Wittenberg.

Wie aus Wittenberg gemeldet wird, brach am Sonntagabend in der dortigen Strafanstalt „Brückenkopfstern“ ebenfalls ein Hungerstreik aus, der jedoch inzwischen ohne Eingreifen der Parlamentarier oder der Ministerien erloschen ist.

Der Hungerstreik war als Sympathiestreik für die Wittenberger Kommunisten gedacht; die Insassen der Wittenberger Strafanstalt sind ebenfalls fast alle wegen Beteiligung an den mitteldeutschen Unruhen verurteilt. Eine Anzahl Gefangener wies sofort auf das Unannehme eines derartigen Streiks hin. Trotzdem verweigerten am verflochtenen Sonntagabend etwa 90 Personen die Nahrungsaufnahme. Nach der Rückkehr des Leiters der Strafanstalt, der bei den Gefangenen großes Vertrauen besitzt, gaben 82 Kommunisten den Hungerstreik am Sonntag nachmittag wieder auf und nur noch 8 Personen beharrten auf ihrem Entschluß. Nach einer Unterredung am gestrigen Montag erklärten auch diese acht Gefangenen, am Dienstag wieder Nahrung zu sich nehmen zu wollen. Sämtliche Gefangene haben auch am Montag die Arbeit in der Strafanstalt wieder aufgenommen. Die von kommunistischer Seite verbreitete Meinung, daß die Wittenberger Gefangenen auch weiterhin die Nahrungsaufnahme verweigern oder die Arbeiterschaft aufgeföhrt haben, sie zu unterstützen, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Am letzten Sonntag fand in Halle eine kommunistische Versammlung statt, in der eine Resolution angenommen wurde, die zum Generalfreistreit aufrief, falls nicht die sofortige Amnestierung und Haftentlassung der politischen Gefangenen aus den Märzunruhen erfolge. Wie von den dortigen Regierungsstellen übereinstimmend berichtet wird, ist die Lage nicht als besorgniserregend anzusehen. Man ist der Ansicht, daß die große Mehrheit der ruhigen und besonnenen Arbeiterchaft der kommunistischen Generalfreistreitparole nicht folgen wird.

Bayerischer Rechtspartikularismus.

München, 21. November. (W.B.) Zur Erklärung des Reichsjustizministers Radbruch über die Gefangenenanstalt Niederschönenfeld bemerkt die „Bayerische Staatszeitung“:

„Es wird die dringende Aufgabe der bayerischen Staatsregierung sein, in Berlin unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß die bayerische Regierung bei allem Bestreben, mit der Reichsregierung im besten Einvernehmen zu bleiben, an ihrer Justizhoheit nicht rütteln läßt. Diese Vorformnisse sind nach der Reise des Ministerpräsidenten um so auffälliger,

überhaupt existieren. Freilich nur die Frau, die in der Dirne, dem süßen Mädel, der armen Dienstmagd — die Geschlechtsgeheime, die Schwester steht, erlebt die ungeheure Tragik ganz, die in den zehn Bildern des „Reigen“ beschloßen liegt. Der Mann schöpft sie nicht aus, weil er, wie man so hübsch unschreibend zu sagen pflegt, „im Leben steht“, d. h. weil er mehr oder weniger häufig kopfüber selbst in den Abgrund springt, sein zweites Ich dort unten ausstummelt und trotzdem in den Augen der Welt und seinen eigenen der korrekte Mann und Bürger bleibt. Wenn der „Reigen“ es fertig brächte, die Menschen und namentlich die Männer aus ihrer grenzenlosen Gedankenlosigkeit gegenüber diesem Menschheitsproblem aufzurütteln, der verlogenen Sittlichkeit die Maske vom Gesicht zu reißen und zur Umkehr zu mahnen, dann wollten wir Frauen, daß man ihn an jedem Abend und in jedem Theaterbühnen spielte, denn lauter kann die Not der Frau nicht zum Himmel schreien, — heißer kann die Schmach nicht brennen, die darin liegt, daß man das Weib zum Objekt erniedrigt.

Aber weil doch gerade diese Wirkung nicht erzielt wird, darum wäre es doch zu wünschen, daß man mit der Aufführung von Werken von der Art des „Reigen“ äußerst vorichtig umginge. Diesen schonungslosen Wirklichkeitsabbildungen fehlt — unbeschadet ihrer künstlerischen Qualitäten — das menschlich Wesentliche: das tiefinnere Mitleid des Künstlers mit seinen Geschöpfen, das die großen Naturalisten auszeichnet. Zola, Hauptmann, Dostojewski — sie mögen Bilder malen, so froh sie wollen —, vergessen niemals, daß der Schaffende verantwortlich ist für die Entwicklung der Menschheit. Wenn sie die Tatsachen mit brutaler Deutlichkeit sprechen lassen, so tun sie es um der Wahrheit willen, die allein helfen und heilen kann. Mit vernichtender, zeretzender Kritik der bestehenden Zustände allein wird nichts gebessert, und die Polizei schafft es erst recht nicht, weil sie die Voraussetzungen der Zeitschönung nicht in der Gewalt hat. Auf das ernste, männlich-mutige, freigewollte Verantwortlichkeitsgefühl der Schaffenden kommt es an, und das hatte Erich Schmidt, als er Schatzler auf seine Frage nach seinem Urteil über den „Reigen“ erwiderte: Solche Dinge schreibt man wohl, aber man läßt sie nicht drucken.

Charlotte Buchow.

Denen ihre Sorgen möcht' ich haben . . .

Bärenkatzenstrolchen, Wirtschaftszusammenbrüche, Wärmnachrichten in der Außenpolitik, Putschgefäße von rechts und links, Oberflächliches, Bayerisches — jetzt läßt mich mit diesem futuristischen Gemälde in Ruhe, ich bin doch auch noch ein Mensch und habe meine Kulturbedürfnisse. Deswegen schlage ich den „Modespiegel“ des „Berliner Tageblatts“ auf und lese aus der Feder des Herrn Dr. A. v. Bälows:

„So launisch die Königin Mode ist, wenn sie über Frauen und ihre Kleidung das Szepter schwingt, so hart und streng wird sie dem Manne gegenüber.“ Gott sei Dank, daß es noch Königinnen und Szepter gibt, was sollte denn sonst aus uns werden? „Die

als jetzt auch noch der Reichstag einen Ausschuß einsetzte, der die unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten untersuchen soll. Es wird auch hier die Aufgabe der Landesregierungen sein, darüber zu wachen, daß die Tätigkeit des Ausschusses nicht in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift.“

Die neue badische Landesregierung.

Karlsruhe, 21. Nov. (W.B.) Der Badische Landtag hat heute mit 58 von 81 abgegebenen Stimmen die bisherige Minister wieder gewählt. Zum Staatspräsidenten wurde der Abg. Hummel (Dem.) gewählt, zum stellvertretenden Staatspräsidenten der Abg. Trunk (Ztr.)

Kriegsbeschädigten-Demonstration.

Münster, 21. November. (U.) Am Sonntag vormittag fand hier in der Sängerkirche eine von mehreren tausend Personen besuchte Protestversammlung von Kriegsbeschädigten und Kriegs-Hinterbliebenen gegen die mangelhafte Kriegsoffiziersfürsorge statt. Im Anschluß an die Versammlung bewegte sich ein Demonstrationzug durch die Straßen, an dem auch Lazarettinsassen und Kriegsoffizierswitwen teilnahmen. Vor dem Kriegerdenkmal wurde eine Ansprache gehalten, worauf sich die Versammlung in voller Ordnung auflöste.

Das Eilber Kriegsgesicht urteilt.

Eilber, 21. November. Das Eilber Kriegsgesicht hat folgende Verurteilungen deutscher Offiziere und Soldaten ausgesprochen: 5 Jahre Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe gegen den General Müller, der im Jahre 1918 in Caubry Kunstgegenstände und Mobilien entwendet haben soll; 5 Jahre Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe für den Soldaten Krauß, der von 1917—1918 in Caubry Amtsmißbrauch getrieben und eine Standuhr gestohlen habe; 5 Jahre Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe für den Leutnant Peine, den Veterinär Bery und den Sergeanten Bloch wegen Mißhandlung von 40 gefangenen jungen Franzosen in Saint-Pol; 10 Jahre Einzelhaft für den Hauptmann v. Kirchheim wegen Gewalttätigkeit gegenüber zwei Bürgern von Rauberge; lebenslängliche Zwangsarbeit für den Feldgendarmen Herrmann, der 1918 in Roubaix ohne Grund einen gewissen Bestarius getötet habe; 20 Jahre Zwangsarbeit für den Major Berthold und den Feldgendarmen Dick wegen Verschuldens am Tode eines gewissen Caspary in Potelle; 5 Jahre Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe für den Soldaten Bahold wegen Gemüßdiebstahls; 5 Jahre Gefängnis und 500 Frank Geldstrafe für den Unteroffizier v. Berber wegen Diebstahls von Wertpapieren in Flöes; 1 Jahr Gefängnis und 100 Frank Geldstrafe für den Unteroffizier Schwilts vom Artillerieregiment 115, der 18750 Frank zu Ungunsten einer Frau Marguey aus Croix unterschlagen haben soll.

Polen und Rußland.

Warschau, 21. November 1921. (U.) Die polnische Regierung hat vier Noten wegen Nichterfüllung des Rigaer Friedensvertrages an die Sowjetregierung abgefaßt.

Den polnischen Vertretern in Moskau ist es nach langen Verhandlungen endlich gelungen, die Rückgabe der seinerzeit unter der Jarenherrschaft von den Russen fortgeführten Denkmäler aus dem kaiserl. Schloß in Warschau an Polen durchzusetzen. Der erste Transport mit 41 Waggons ist bereits von Moskau abgegangen.

Warschau, 21. November. (U.) Außenminister Skirmunski erklärte einem bestellten Ausfragser: Die Beziehungen zu Sowjetrußland hätten sich in der letzten Zeit gebessert, da die Sowjetregierung mit der Erfüllung des Rigaer Friedens endlich ernst zu machen scheine. Um so überraschender sei der letzte von ihm gegen Polen erlassene Armeebefehl Trotzki; er sei auf das Bestehen einer Minorität innerhalb der sowjetrussischen Regierungsfreiheit zurückzuführen, die noch immer an der alten Politik festhalte, welche aber von der Majorität bereits aufgegeben sei. Gegenüber den Prooatationen dieser Gruppe werde Polen ruhiges Blut und Besonnenheit bewahren.

Manneskleidung ist ein festgefügtes Ding, wem Gebrauch geheißt, und keine Abweichung gestattet man... Soeben sind die neuen Gesetze für Wintermoden publiziert worden. Gegeben sind sie schon lange, den Eingeweihten, den Schneidern, bekannt. Gefehgebet ist immer noch England. Es herrscht tyrannisch in der Herrenmode.“

Seht ihr wohl, es gibt also noch geheiligte Dinge auch außerhalb der Kirche: die „Manneskleidung, das festgefügte Ding“. Und es gibt „Eingeweihte“, die um die von dem tyrannisch regierenden England diktierten Gesetze wissen. Gegen die Vorherrschafft von Paris kämpfen wir schon lange... Aber die englische Tyranniel Was die alles verlangt: einen zweireihigen Gehrock, „so knapp geschnitten, daß er nicht geschlossen werden kann“ — zwei Reihen Knöpfe und trotzdem keine Möglichkeit, etwas zuzuknöpfen! Am Hüft und Raglan trägt man den obersten Knopf „blind“. „Großes Gewicht wird auf den Mantel gelegt“ — Hoffentlich hält er aus!

„Von der neuesten Mode aus Douarika“, den Rodauschnitt geschweift zu machen, verspricht man sich wenig Gegenliebe in Deutschland. Das gleiche gilt von dem Gradcape, das aber in Paris bereits getragen wird, und dem man trotz allem den Sieg voraussetzen darf.“ Bei diesem Satz legt sich Herr Dr. v. Bälows Gehrock in kummervolle Falten: Paris trägt bereits das englische Gradcape, und wir Deutschen sträuben uns dagegen wie gegen den geschweiften Rodauschnitt, das männliche „Decollete en coeur!“ Mein Gott, was sind wir Deutsche doch für rückständige Barbaren! Ein neuer englischer Sieg steht bevor und wir werden — die Unterliegenden sein. Schmach über Schmach!

In Kleiderfragen versteht der Mann von Welt keinen Spaß. Die „Eigenschaft des Tragenkönnens läßt sich nicht erkaufen. Da sind Regeln, die so fest stehen wie die zehn Gebote, und daneben noch die unfahbaren, die man nicht schildern kann. Auch sie schreibt uns England vor. Den Vormittag über gestattet es den Bummelanzug, nach der Börse den Säwenter oder das dunkle Jackett, des Abends Frack oder Smoking. Aber wehe dem, der zu letzterem eine weiße Weste oder gar einen weißen Schlops trägt; dreimal wehe ihm, wenn er sich irt und zum Frack ein Oberhemd mit einem, zum Smoking eines mit zwei Knöpfen anzieht, zum dunklen Frack einen weißen Kragen benutzt! . . .

Das sind die „zehn Gebote“ des feinen Mannes, die „unfahbaren, die man nicht schildern kann“. Aber eine acht Seiten starke Beilage zum „B.Z.“ kann man damit füllen, trotz der schier unerschwinglichen Papierpreise.

Halt's Maul, Prolet, davon verstehst Du nichts, das ist echte Vornehmheit, deutsche Kultur.

Alten a. d. Elbe, ein altes Schifferstädtchen. Als in neuester Zeit wieder über die Biberlalonie an der mittleren Elbe berichtet wurde, die sich infolge des Jagdschusses nun schon von der Wäandung der Schwarzen Elster bis hinunter nach Magdeburg ausdehnt, wurde wiederum das Städtchen Alten a. d. Elbe genannt, das von vielen für den Ort der Biberbauten gehalten wird. Trifft dies auch in dieser Beschränkung des Begriffes „Lalonie“ nicht zu, so verlohnt es sich doch, Alten einige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist eines der malerischen alten Städtchen, in denen sich noch ein gut Stück Mittel-

Briands Lehrprogramm.

Paris, 21. November. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des „Temp“ meldet aus Washington, Briand habe gestern Abend erklärt, seine Rede werde diesen Namen nicht verdienen, sie werde vielmehr ein pädagogisches Exposé darstellen. Seine große Phrasen werde er die genaue Lage Europas schildern, die Frankreich zwingen seine Armee beizubehalten. In Amerika hätten viele geglaubt, daß wenn der Friede unterzeichnet sei, es nur noch in der französischen Einbildung eine Gefahr gebe. Diese falsche Meinung finde auch jetzt noch Kredit bei der großen Mehrheit des Publikums; er habe aber die Legende vom französischen Militarismus und französischen Imperialismus bei diesen Persönlichkeiten zerstört und er hoffe, daß sein Exposé heute die gleiche Wirkung auf das Publikum habe werde.

Britanniens Annahme.

London, 21. November. Der Sonderberichterstatter Reuters auf der Washingtoner Konferenz meldet: Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Großbritannien vorbehaltlos das amerikanische Flottenprogramm angenommen hat. Während die britische Delegation den Plan als Ganzes wegen ihres Wunsches, eine Veränderung betreffend die U-Boote und die Geschwader vorzuschlagen, nur im Prinzip angenommen hat, hat die Delegation das vorgeschlagene Verhältnis der Großkampfschiffstonnage für Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten unabweisend gutgeheißen. Dies wird nach einer Konferenz zwischen Staatssekretär Hughes, Balfour und Admiral Kato bekannt.

Graf Moltke Hvitfeldt.

In unserer Besprechung des deutschen Weißbuches über das Saargebiet in der letzten Sonntagausgabe hatten wir u. a. über die Persönlichkeit des dänischen Mitgliedes der Regierungskommission, Graf Moltke Hvitfeldt, und über sein skandalöses Privatleben einiges mitgeteilt, das auch von der dänischen Presse übernommen und besprochen wurde. Wie nun die „Grenzland-Korrespondenz“ aus Kopenhagen meldet, schreibt „Politiken“, daß Dänemark unter keinen Umständen für das unliebsame Auftreten des betreffenden Herrn verantwortlich gemacht werden könne, da ja nicht etwa die dänische Regierung den Grafen Moltke-Hvitfeldt für den betreffenden Posten in Vorschlag gebracht habe, sondern seine Ernennung durch den Völkerbund geschah. Graf Moltke-Hvitfeldt war in seiner Jugend dänischer Marineoffizier, hat aber, nachdem er eine reiche Amerikanerin geheiratet hat, seit vielen Jahren als Privatmann in Paris gelebt.

Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß unsere Kritiken den Weg in die dänische Presse gefunden haben und daß die dänische Öffentlichkeit sich mit der Person dieses pseudo-dänischen Mitgliedes der Regierungskommission zu beschäftigen beginnt. Indessen möchten wir zur Vermeidung von Mißverständnissen betonen, daß es uns natürlich niemals eingefallen ist, die dänische Regierung für die Ernennung und das dänische Volk für dies Gebaren Moltke-Hvitfeldts irgendwie verantwortlich zu machen. Wir wollten lediglich darauf hinweisen, daß der gute Ruf des dänischen Volkes Gefahr läuft, durch die Schuld dieses Herrn in den Augen der jenseitigen Bevölkerung schweren Schaden zu erleiden. Es ist daher besonders zu begrüßen, daß die dänische Presse von diesem eigentümlichen „Landsmann“ so entschieden abtritt. Hoffentlich zieht auch der Völkerbund daraus die notwendigen Konsequenzen.

Zeltungsverbot. Die „Schwäbische Tageszeitung“ ist wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Waldschrein nach Angora. Die Moskauer „Neswija“ melden, Waldschrein werde unverzüglich nach Angora abreisen, wo er mit Vertretern der Türkei, Persiens, Indiens, Afghanistans und der kaukasischen Republiken zu verhandeln gedenkt. Auch solle ein endgültiges Abkommen zwischen der Türkei und Sowjetrußland zustande gebracht werden.

alter erhalten hat. An seinen vier Hauptstraßen stehen noch schöne alte Patrizierhäuser mit weit ausladenden Eingangsstufen. Diese Straßen sind nach dem Zeichen eines lateinischen Kreuzes angelegt, dessen vier Schenkel ihren Abschluß in trauflosen Tortürmen finden. Drei Tore stehen noch. Sie harmonieren trefflich mit den frühigen Doppeltürmen der beiden sich östlich gleichenden romanischen Kirchen. Eine Ödöle ist der malerische Markt von Alen mit einem der prächtigsten alten Weinstadthäuser, die uns erhalten geblieben sind. Dies traute Kutschhäusel besitzt auch eine wunderbare, baldachinüberdachte Freitreppe und eine Sonnenuhr, während auf seiner Seite ein alter Brunnen plätschert. Alte, schöne Bäume stehen überall in der Stadt, geben ihrem Hilde etwas ungemein Heimliches. Auch Stadtmauerreste sind noch vorhanden, und auf einem ihrer Türme ein Storkennst. Leider ist der alte Romthureihof Alens, der auch eine Perle alter Baukunst war, vor Jahrzehnten schon abgebrochen worden.

Alen ist eine Schifferstadt. Hier befindet sich seit etwa drei Jahrzehnten die bedeutendste Schifferschule an der Elbe. Nachdem seit 1914 die Winterreise für Schiffer eingestellt wurden, sind sie im vorigen Winter wieder aufgenommen worden, und viele Schiffer werden nun hier ihr Schifferpatent erwerben, wie hunderte vor ihnen. Von alters her ist Alen ein namhafter Eibumschlagplatz, besonders auch für böhmische Kohle, die schon vor einem Jahrhundert bis hierher mit dem Eibahn gebracht wurde. Der Hofen von Alen ist stets erfüllt von regem Leben und Treiben.

Der Ozeanbrief. Will jemand auf hoher See den Angehörigen in der Heimat Nachricht von seinem Befinden geben, so kann er einen Funkpruch dahin abgeben lassen. Das ist aber natürlich teuer, und wenn die Nachricht aus Sparmaßregeln auszufragen abgefragt wird, so besagt sie schließlich wenig. Hier hilft nur der von der „Debeg“ eingeführte „Ozeanbrief“ aus der Rot. Der Reisende, der etwas mitzuteilen wünscht, schreibt also einen Ozeanbrief, der aber nicht mehr als 100 Worte enthalten darf. Diesen Brief, dem die genaue Anschrift des Empfängers beigelegt sein muß, nimmt dann die Bordfunkstelle entgegen. Sie sendet die Postkarte aber nicht nach irgendeiner Küstenstelle, sondern an ein Schiff, das sich auf dem Wege nach dem Ausgangehafen befindet. Hat der Telegraphist des zweiten Schiffes den Brief ausgenommen, so schreibt er den Text in gewöhnlicher Schrift nieder, legt das Schreiben in einen Umschlag, und legt die ihm mitgeteilte Anschrift darauf. Sobald dann das Schiff in dem betreffenden Hofen angeht, wird der Brief sofort der Post als Einschreibebrief übergeben. Die Kosten für einen solchen Ozeanbrief sind mäßig. Das Wort kostet 1 Mark; der Mindestpreis beträgt 20 Mark; außerdem werden noch 5 Mark an Gebühren für das Einschreiben erhoben. Wan.

Kulturpflege im Deutschen Beamtenbund. Um den in Deutschen Beamtenbund vereinigteten Mitgliedern der Großherzoglichen Beamtenenschaft bei der zunehmenden Teuerung die Möglichkeit zu bieten, ihr Familien- und Bildungsbüro zu betriebligen, ist ein Bildungsausschuß gebildet worden. Als erster Amtshand ist eine Aufführung des „Fidelio“ in der Neuen Welt am 30. November angelegt.

Deutsche Forscher in Afrika. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Kapstadt sind die deutschen Gelehrten Professor Klauer und Dr. Müller dort angekommen. Sie befinden sich auf einer Reise zum Studium der Schlafkrankheit in Nord-Rhodesia.

Landtagsdebatte über Lichtenburg.

Im Landtag beantragte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Dr. Meyer (Komm.) die Anträge der Kommunisten zum Hungerstreik auf die Tagesordnung zu setzen. Die Stimmung in den Betrieben sei sehr erregt, es sei keine Zeit zu verlieren.

Vizepräsident Dr. Pösch empfiehlt, diese Frage als ersten Punkt auf die Tagesordnung vom Dienstag zu legen.

Abg. Kay (Komm.): Wir wollen, daß die Beratungen so lange andauern, bis der Justizminister kommt, der heute Abend um 7 Uhr nach seiner eigenen Aussage hier sein kann.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird auf Antrag Heilmann (Soz.) beschlossen, in einer Abend Sitzung den Hungerstreik zu besprechen.

Forstetat.

Abg. Wende (Soz.): Wichtige Aufgaben der Forstkultur sind aus Mangel an Mitteln liegen geblieben. Sie müssen wieder aufgenommen werden, wenn nicht spätere Generationen darunter leiden sollen. Wir wünschen baldige Vorlegung des Forstkulturgesetzes. Die private Forstwirtschaft wirkt schädlich für die Volkswirtschaft. Der private Waldbesitz wäre reif für die sofortige Sozialisierung. Das Verhältnis zwischen den Beamten und Arbeitern ist nicht überall so, wie es sein sollte. Gerade bei der Eigenart der Arbeit in der Forstverwaltung ist die ganze Liebe und Hingabe zum Beruf nötig, das ist aber nur denkbar und möglich, wenn alle Reibungen verschwinden. Diesem herrscht noch der militärische Ton.

Die Begeisterung der Deutschnationalen jetzt auf einmal für das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten wissen diese zu würdigen! Eigenartig ist es, daß im Forstdienst die neunjährige Vorbereitungszeit existiert, wo doch sonst drei Jahre genügen; sie muß mindestens auf sechs Jahre herabgesetzt werden. Verschwinden müssen die

vorinsinularen Miet- und Pachtverträge.

wie sie stellenweise, besonders im Osten, existieren. Verschwinden muß ferner, daß sich die Zentralverwaltungen darum kümmern, ob und wo die Waldarbeiter organisiert sind. Die Zentralverwaltungen soll sich um andere Dinge kümmern. — Im Interesse der Rinderbesitzer, die unter der jetzigen Teuerung besonders leiden, wäre es, wenn für eine möglichst ausreichende Versorgung mit Holz gesorgt würde.

Abg. v. Papen (S.) verteidigt die privaten Waldbesitzer und lehnt die Sozialisierung der Forsten ab.

Die Aussprache wird um 6 Uhr abgebrochen.

Die Abend Sitzung.

Die kommunistischen Anträge fordern Umgestaltung des Strafvollzugs und Entlassung der politischen Gefangenen aus der Strafanstalt Lichtenburg, ferner haben die Kommunisten eine große Anfrage über die Zustände in den Strafanstalten eingebracht.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die nach dem März-Buch 1921 von den Sondergerichten gefällten und noch in der Vollstreckung befindlichen Urteile schlesung mit der Maßgabe nachgeprüft werden, daß gegenüber allen nicht wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten von dem Rechte der Begnadigung durch Erlass oder angemeinere Milderung der Strafe Gebrauch gemacht wird.

Ausschußberichterstatter Oppenhof (Zr.): Ueber die Behandlung der Gefangenen wird gegenwärtig keine Beschwerde erhoben. (Hört, hört!) Beschwerde wird nur gegen drei Strafanstaltsbeamte erhoben. Insbesondere wird darüber geklagt, daß einer Anzahl Gefangenen die Bettstellen entzogen worden sind, weil Teile der Bettstellen zu einem Ausbruchversuch benutzt worden waren, sowie darüber, daß die Kuppeln frei herumliegen.

während die Verurteilten in schwerer Freiheitsstrafe sind, endlich daß die Begnadigungen sehr unregelmäßig und unsystematisch gehandhabt würden. Der Antrag eines Ausschußmitgliedes, zwei Mitglieder nach Lichtenburg zur Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle zu entsenden, zweitens an die Familien der Gefangenen eine sofortige Unterstützung zu erteilen, wurde als undurchführbar erklärt. Da die zurückbleibenden Gefangenen sich aber mit den Hungerstreikenden solidarisch erklärten, so lehnte der Ausschuß die Behandlung am Sonnabend ab.

Ein Antrag Dr. Cohn-Steinmetz u. Gen. (USP.) verlangt Milderung der Verfahren wegen politischer Verbrechen und Amnestierung der Verurteilten sowie vorübergehende Aussetzung des Strafvollzugs.

Abg. Menzel (Komm.): Das, was uns hier beschäftigt, ist geistig, uns aus der Zahl der Kulturnationalen zu streichen. (Lachen rechts.) Die meisten der Gefangenen waren überhaupt nicht vorbestraft. An der Meuterei war keiner beteiligt. Die Erregung ist nicht zu beschreiben. Dabei predigt man immer, die Arbeiterschaft solle ruhig sein und sich von Sinnes und Co. kommandieren lassen. Viele Gefangene haben bei den Vernehmungen lieber geschwiegen und alles zugegeben, um nicht die Folterqualen der Eskalation der Gefangenen erdulden zu müssen. Wenn ich auch

die Methoden von Max Höp

nicht billige, so muß ich doch erklären, daß er ein Ehrenmann ist. Der Hunger ihrer Familien hat die Gefangenen zum Hungerstreik veranlaßt, denn ihre Angehörigen erhalten keinen Pfennig Unterstützung.

Ministerialdirektor Klein (Von den Kommunisten mit dem Zuruf empfangen: Der Herr hat das Wort!) — Das Gesicht mühte man den Herr spucken! — Abg. Schulz-Kneußlin erwidert hierfür einen Ordnungsruf und ruft: Sie können mich zehnmal zur Ordnung rufen, ich bleibe doch dabei! — Erst nach einigen Minuten gelingt es dem Regierungsvertreter durchzubringen: Das Amnestierecht steht ausschließlich dem Reich zu. Die preussische Justizverwaltung ist nicht berechtigt, die Leute aus der Haft zu entlassen. Sie werden nach wie vor verwahrt. (Zuruf der Kommunisten: Geschunden werden sie!) Inzwischen ist es geklärt, die Leute soweit zur Vernunft zu bringen, wozu ihnen ja auch die Abgeordneten der äußersten Linken geraten haben, und sie ohne jede Gewaltanwendung zu trennen. Es befinden sich in Lichtenburg jetzt noch 97 Gefangene.

Bis auf 25 haben alle das Hungern aufgegeben.

Diese sind nach Torgau mittels Krankenautomobil übergeführt worden. Der Transport ist friedlich verlaufen und wurde von Ärzten begleitet. Ein bedrohlicher Gesundheitszustand besteht bei keinem der Gefangenen. (Abg. Kay ruft: Er läßt! — Ordnungsruf.) Sie müssen doch wenigstens den Anstand wahren, der im Leben allgemein gilt. Vor dem Verhungern war kein Gefangener. (Zuruf der Kommunisten: Lüge!) Dem Abg. Menzel ist auf seine Bitte anstandslos der Besuch der Gefangenen gestattet worden. Die Justizverwaltung hat ihn, ihr keine Beobachtungen mitzuteilen. Das hat er aber nur teilweise getan. Auch ich habe ein Herz für die Gefangenen. Trotzdem muß ich erklären: unser Strafvollzug kann sich immer noch sehen lassen. Auch halten sich die Gefangenen durchaus nicht immer an die Wahrheit. Uebrigens arbeitet eine Landtagskommission Vorschlagsentwürfen zum Strafvollzug aus. Von mangelnder Verpflegung kann nicht die Rede sein. Man kann doch den Verbrechen nicht mehr Brot geben als der übrigen Bevölkerung (Lärm bei den Komm.) Zeitungen werden ausgehändigt bis auf die kommunistischen, die Verteilung auch dieser verbietet

die Staatsnotwehr.

Hätte uns der Abg. Menzel sein heutiges Material berichtet, so hätten wir pflichtgemäß Untersuchung eingeleitet. Auf die Einzelheiten kann nicht verzichtet werden. (Abg. Schulz-Kneußlin [Komm.]: Runter mit dem Herr! — Ordnungsruf.)

Ein zweiter Vertreter des Justizministeriums berichtet über seine Reise nach Lichtenburg und über seine Beobachtungen dort. Die Trennung ist mit der größten Vorsicht und unter Vermeidung des leibhaftig Ansehens einer Mißhandlung erfolgt. Sämtliche Beamte mußten ihre Waffen abgeben. Als ich die Lichtenburger Strafanstalt verließ, hatte der größte Teil der Gefangenen schon wieder Nahrung angenommen. Im Müllergewand Torgau ist der Oberstaatsanwalt bemüht gewesen, den Gefangenen Nahrung zuzuführen. Ein von mir befragter Gefangener gab seiner Freude Ausdruck

endlich aus dem Hausen heraus

zu sein und nach eigenem Erleben handeln zu können. Nicht ein Protest gegen die Anstaltsleitung, sondern gegen die Regierung sollte der Hungerstreik sein. Das ist ausdrücklich von Gefangenen erklärt worden. Ein Gefangener wurde am Essenhofen verhindert. Es wurde ihm gedroht, daß er mit Schmelzbeinen bearbeitet werden würde, wenn er den anderen in den Rücken fiel. Der Regierungsvertreter verließ weitere Kreuzungen der Gefangenen, aus denen sich ergibt, daß ein großer Teil am Streik gar nicht teilnehmen wollte.

Ein dritter Regierungsvertreter verliest weitere Einzelheiten.

Abg. Kuttner (Soz.):

Bei der Beratung des Justizetats hat Heilmann bereits gesagt, was im allgemeinen zur Frage unserer Justiz zu sagen war. Damals hat der deutschnationale Herr Seelmann hinter ihm behauptet, die Schreckensurteile der Sondergerichte bewiesen, wie treu die Richter zur Republik ständen. Damit hat er den Richtern einen wahren Ehrendienst erwiesen. Aus wie gänzlich falschem Geist von den Sondergerichten geurteilt wurde, beweist schon die Tatsache, daß diese selben Richter später gegen jede Gnadenaktion für die politischen Verurteilten protestiert haben. Diese

halbabolutistische Justiz

ist ein blutvergifteter Fremdkörper in unserem republikanisch-demokratischen Staatswesen. Im alten System war der bewußte Zweck der Justiz, die Guten, d. h. die Rechtsgefinnten, zu belohnen und zu fördern, die „Schlechtgefinnten“ dagegen die ganze Schwere des Gesetzes fühlen zu lassen. Diese bedenkliche Anschauung haben sehr viele Richter in der Republik mit herübergenommen. Auch heute noch wird an dieser Untersehung festgehalten. Ueber die Urteile der Sondergerichte wäre nicht ein Zehntel der letzten Erregung entstanden, wenn man nur ein Zehntel dieser Schärfe gegen die Verbrecher von rechts angewandt hätte. Diese Justiz untergräbt die Staatsordnung auf das bedenklichste. Es wäre vielleicht einleuchtend, die Sondergerichtsurteile durch eine allgemeine Amnestie aus der Welt zu schaffen, wenn nicht die große Zahl von gemeinen Verbrechern, die auch darunter fallen, dagegen spräche. Ich will in dieser Richtung dem Bericht des Untersuchungsausschusses, der vielleicht schon morgen erfolgen wird, nicht vorgreifen. Kämping, B. wurde im Untersuchungsausschuß von kommunistischer Seite als Ehrenmann bezeichnet, während hier im Hause die Kommunisten ihn einen Spitzhaken und Verbrecher nennen. Einen besonders schlechten Dienst erwiesen diesen Verurteilten diejenigen, die noch jetzt den

Märzpuß als Vorübung

für die nächsten großen Puß die bezeichnen. Dadurch wird ein Eintreten für die allgemeine Amnestie sehr erschwert. Denn wie kann der Staat angefaßt solcher Drohungen die Angriffe gegen seinen Bestand für straflos erklären? Abg. Menzel hat mehr an das Menschlichkeitsgefühl appelliert als an den politischen Verstand. Möchten Sie (zu den Kommunisten) dieselbe Weisheit an den Tag legen, wenn man einmal an Ihr Mitleid appelliert. Dem widerspricht aber, daß Herr Kay im Hauptauschuß äußerte, sie würden alle ins Zuchthaus bringen, die heute Kommunisten ins Zuchthaus stecken. Das tun Sie vom Standpunkt der Politik und Sie würden mich auslachen, wenn ich Ihr Mitleid erziehe. (Zuruf bei den Kommunisten: Klassenkampf!) Wenn Sie jetzt an den Bürgerkrieg und Klassenkampf appellieren, so beweisen Sie nur, daß Ihre Appelle an die Menschlichkeit nicht so rührend aufgefacht werden können, wie sie vorgelesen worden sind. Als in der Konferenz der Metallarbeiter kürzlich ein Proletarier als Zuhörer für eine Entschädigung für allgemeine Amnestie auch die Amnestie für die politischen Gefangenen in Rußland forderte, wurde dieser Antrag unter stürmischem Beifall von den Kommunisten abgelehnt.

In russischen Gefängnissen

spielen sich auch unsagbare Tragödien ab und es handelt sich dabei oft um Proletarier, die jahrzehntlang gegen den Zarismus kämpften. Die Hungerstreikenden in Lichtenburg haben die erlassene Parole befolgt. Aus Solidaritätsgesühl das größte Mitleid müssen diejenigen mit ihnen haben, die sie in diese Lage hineingebracht haben.

Die Schuld derer,

die sie planmäßig in solche verzweifelte Situation hineinbringen, wird jetzt nicht vermindert durch Reden, von denen man auch jetzt nicht genau weiß, wieviel daran wahres Gefühl ist und wieviel die Absicht, die Aktion zu steuern. Die „rote Fahne“ spricht jetzt in ganz ähnlichem Tone wie im März 1921, aber erfreulichweise rückt die „Freiheit“ heute Abend energisch von der Wallfahrt ab. Für uns handelt es sich nur um die Existenz der Gefangenen. Wenn auch der Staat die Möglichkeit zur Milderung in der Hand behalten muß, so ist doch jeder politische Gefangene als Ehrenmann anzusehen und zu behandeln. Wenn der Zweck der Justiz überhaupt die Verhütung von Verbrechen ist, so muß das besonders bei den Gefangenen gelten, denen man ein ehrlöses Tun nicht nachsagen kann. Ueber diesen Zweck hinaus ist jede Beschränkung der Freiheit zu vermeiden. In Parallele zu den preussischen Zuständen muß z. B. der Fall Toller die größte Schande dieser Zeit genannt werden. Gerade die Kreise, die stündig die deutsche Ehre im Mund führen, sollten doch bedenken, welche deutsche Schande es ist, einen proletarischen Dichter zu Tode zu quälen. Zu einer humanen Strafvollstreckung reichen auch die preussischen Kompetenzen aus. Der Justizminister beauftragt es mir soeben. Wir fordern daher Unterlassung alles dessen, was irgendwie nach Duzerlei und Mißhandlung ausfallen könnte. Die kommunistischen Anträge, unter denen sich manches Brauchbare findet, die wir aber nicht ohne weiteres annehmen können, bitten wir dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Wir beantragen, den Strafvollzug so weit auszuweichen,

als die Familien sich in großer Not befinden. Wo das nicht geschehen kann, muß für den Unterhalt der Familien gesorgt werden. Wenn die Lichtenburger Angelegenheit eine wirklich positive Folge haben soll, dann muß es die sein, daß so etwas künftig unmöglich wird. Dann müssen wir darangehen, die Justiz des alten Obrigkeitsstaates aus der Republik zu beseitigen. (Beifall bei den Soz.)

Es sprechen noch die Abg. Schmidt (Zr.) und Dr. Cohn (USP.). Die Sitzung dauert bei Schluß des Statutes noch an.

Der vergessliche „Tag“. In einem Artikel, der sich gegen die Reformabsichten des Justizministers Radbruch wendet, behauptet ein Mitarbeiter des „Tag“, die bürgerlichen Blätter hätten wohl hier oder da einmal ein Gehörtes kritisiert, aber dabei „die Achtung vor Gesetz und Rechtsprechung nie verließ“. Vor zwei Tagen hat in dem gleichen „Tag“ ein Artikel mit der Ueberschrift gestanden: „Ein Rotau des Reichsgerichts vor der Strafe“. Diese Ueberschrift war gewählt, weil das Reichsgericht einige inhaftierte Kommunisten aus der Unterjuchung entlassen hatte. Man sieht hier praktisch, wie die „Achtung vor Gesetz und Rechtsprechung“ von den Deutschnationalen verstanden wird.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für die städtischen Werke.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit: Ueber die Frage der Gehälter der Angestellten der städtischen Werke ist am Montag ein neuer Schiedspruch ergangen, den das unter dem Vorsitz des früheren Staatsministers Lademann tagende Schiedsgericht nach sechsstündiger Verhandlung abgegeben hat. Der Schiedspruch geht dahin, daß für die Werksangestellten vom 1. April 1921 an die Sätze der Besoldungsordnung anzuwenden sind. Soweit späterhin bei den Beamten günstigere Eingruppierungen erfolgen, soll dies auch bei den Werksangestellten geschehen. Diese Festlegung der Gehaltsätze für die Werksangestellten durch die Besoldungsordnung gilt bis 1. April 1923. Wenn dieser Schiedspruch von beiden Seiten angenommen wird, ist eine einseitliche Regelung in der Besoldung für die Beamten und Angestellten der Werke erreicht.

Ausreichende Löhne, nicht Wirtschaftsbeihilfen.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ des ADGB vom 19. November brachte zu dem Thema: „Wirtschaftsbeihilfen“ folgenden Beitrag, aus dem sich die grundsätzliche Auffassung der Gewerkschaften klar und deutlich ergibt:

„In letzter Zeit ist die Arbeiterschaft wiederholt angeregt worden, von ihren Arbeitgebern Wirtschaftsbeihilfen zu fordern. Damit wird eine Auffassung propagiert, die der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht entspricht. Es erscheint nicht richtig, den Arbeitgeber als denjenigen anzusehen, dem der Arbeiter in bestimmten Zeiträumen eine Summe zu spenden hat, die es dem Arbeiter ermöglicht, notwendige Anschaffungen zu machen. Aufgabe jeder verständigen Lohnpolitik muß es sein, die Löhne so zu bemessen, daß der Arbeiter aus seinen laufenden Einnahmen die Beträge für größere Ausgaben selbst zurücklegen kann.

Gewiß sind die Wirtschaftsverhältnisse gegenwärtig außerordentlich ungünstig. Da auch in absehbarer Zeit keine Besserung zu erwarten ist, so erscheint eine ausreichende regelmäßige Entlohnung allein nicht den Interessen der Arbeiter gerecht zu werden. Andererseits wirkt die Wirtschaftsbeihilfe nur störend und nachteilig auf die erforderlichen, dauernden Lohn-erhöhungen ein. Eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe wird als Abgeltung und Ausgleich der herrschenden Teuerung gewährt, ohne dem Arbeiter einen dauernden Ausgleich für die gestiegenen Preise aller Bedarfsartikel zu gewähren.

Unter normalen Verhältnissen würden die Arbeiter kaum auf den Einfall kommen, Wirtschaftsbeihilfen zu fordern und solche zurückweisen, wo sie ihnen etwa angeboten würden. Erst die sprunghaften und unberechenbaren Preissteigerungen lassen Forderungen auf Wirtschaftsbeihilfen aufkommen. Die Schlussfolgerung aus diesen unabweisbaren Steigerungen geht vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus dahin, die Lohnabmachungen möglichst kurzfristig zu gestalten, da nur dann die Löhne den Preissteigerungen rechtzeitig angepaßt werden können. Eine längere Bindung von Lohnvereinbarungen ist heute unmöglich.

Achtung! Klavierarbeiter!

Vom Reichsverband der Klavierindustrie ging uns am 19. d. M. folgende Entschliessung zu:

„In der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Klavierindustrie vom 18. d. M. wurde beschlossen, den Arbeitern und Arbeiterinnen, soweit sie am 18. November in den Betrieben seit mindestens 1. November 1921 beschäftigt sind, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren, und zwar:

Für Arbeiter über 20 Jahre 500 M., für Arbeiterinnen über 20 Jahre 350 M., für jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren 200 M. An die Lehrlinge empfehlen wir, die gleiche Beihilfe wie den jugendlichen Arbeitern zu zahlen. Für Arbeiter, welche im Laufe des November eintreten, ist die Beihilfe nach der Zahl der geleisteten Arbeitstage zu berechnen, und zwar: 20 M. für männliche Arbeiter, bzw. 10,40 M. für weibliche und 8 M. für jugendliche Arbeiter.

Die Beihilfe wird nur einmal ausgezahlt und ist später eintretenden Arbeitern nicht mehr zu gewähren.

Arbeiter, die in mehreren Betrieben in Tätigkeit sind (Bezieher), erhalten die Beihilfe anteilmäßig von ihren Arbeitgebern, nach Maßgabe ihrer Beschäftigungszeit im November, ausgezahlt. Gewisse auf die Wirtschaftsbeihilfe bereits geleisteten Abschlagszahlungen sind anzurechnen. Die Beihilfe ist baldmöglichst, spätestens aber am Lohntag der laufenden Woche, auszus zahlen.

Den Kollegen empfehlen wir, dafür zu sorgen, daß diese Zulage auch von allen Fabrikanten, welche Mitglied des Reichsverbandes sind, gezahlt wird.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Generalversammlung der Buchdrucker.

Ueber die Stellungnahme der Berliner Buchdruckerbetriebe zur Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe von 1500 M. wurde am Montag in einer überaus zahlreich besuchten Generalversammlung des Vereines Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer von Rassinri Bericht erstattet. Das Antwortschreiben der Prinzipalsvertretung lehnte eine Verhandlung ab, weil die Forderung eine ungewöhnlich hohe sei und die Auswirkung mit Bezug auf das Gewerbe wohl nicht berücksichtigt hätte. Auf Rassinris Verlangen kam aber doch Montag vormittag eine Sitzung des Kreisratifikamts zustande. Das Resultat der Verhandlung war ein negatives. Die Prinzipalsvertreter lehnten die Forderung trotz aller von den Gehilfenvertretern dafür geltend gemachten Gründe ab und antworteten auf die Anregung Rassinris, daß doch dann die Prinzipale selber sagen sollten, wieweit sie entgegenkommen wollten: „Wir müssen jede Wirtschaftsbeihilfe ablehnen“. Im übrigen verwiesen die Unternehmer auf die in wenigen Tagen beginnenden zentralen Verhandlungen in Leipzig. Rassinri machte dann Vorschläge zur weiteren Behandlung der Angelegenheit, wobei er sich auf die Meinung der bei der Verhandlung beteiligten Gehilfenvertreter — mit einer Ausnahme — berufen konnte. Da durch einen Berliner Kampf die zentralen Verhandlungen in Leipzig gefährdet werden würden, so sei man zu dem Schluß gekommen, von einem Streik abzuraten und zu empfehlen, beiden zentralen Verhandlungen das Notwendige zu erreichen zu suchen. Dort brauche man nicht bloß über die Erhöhung der Wochenlöhne sprechen, sondern man könne außerdem über eine Wirtschaftsbeihilfe verhandeln.

Es folgte eine äußerst lebhafteste Debatte. Ein Streikentwurf wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Folgende Resolution findet, für die u. a. auch Mühlberg eintrat, wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die Versammlung hat von der absehbenden Haltung der Prinzipale gegenüber der Forderung einer Wirtschafts-

beihilfe Kenntnis genommen. Die Berliner Kollegenschaft erblickt in dieser Haltung der Prinzipale ein Stück des konzentrierten Kampfes, den das Gesamtunternehmertum gegen die aus der Rot der Zeit geborenen Forderungen der Arbeiterschaft führt. In dem Bewußtsein, daß die Haltung des Unternehmertums immer mehr zu dem entscheidenden Kampf zwischen Kapital und Arbeit führt, erwartet die Berliner Buchdruckerbetriebe, daß der ADGB, endlich dazu

Helft bauen!

Parteigenossinnen! Parteigenossen! Freunde der Jugend!

Unser Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin hat in den letzten Monaten trotz der schwierigen und wirtschaftlichen Verhältnisse einen erfreulichen Aufschwung genommen. Mit der wachsenden Bedeutung der Organisation mehrten sich auch die Aufgaben. Jetzt ist es ein dringendes Gebot, für die in unserer Bewegung organisierten Jugendlichen ein

Ferienheim

zu schaffen. In ihm sollen unsere 14- bis 18jährigen ihre wenigen Ferientage in ungetrübter Freude verbringen können. Unserer wandernden Jugend soll ein Heim geschaffen werden. Unsere Bildungs- und Funktionärlaufe wollen wir in Zukunft im eigenen Heim, abseits des Großstadtlebens, abhalten.

Wir haben jetzt im Brandenburgischen, am Quenzsee, ein Gebäude gefunden, das sich nach einem gründlichen Erweiterungsbau außerordentlich gut als Ferienheim eignen würde. Leider erfordert der Ankauf und die Ausattung des Hauses beträchtliche Mittel, die die Arbeiterjugend aus eigener Kraft nicht aufbringen kann.

Wir richten daher an die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins die herzliche Bitte, uns bei der

Schaffung des Ferienheims am Quenzsee

durch Zuweisung von Mitteln zu unterstützen. Wir geben in diesen Tagen an unsere Funktionäre Sammellisten heraus und bitten alle Freunde der arbeitenden Jugend, durch Unterstützung der Sammlung das schöne Werk vollenden zu helfen. Außerdem können Zahlungen auf Postcheckkonto: W. Rüdiger, R.B. 7, 53 218, eingezahlt werden.

Parteigenossen! Mit jedem Scherstein gebt Ihr Eurer Jugend sonnige Ferientage, mehr Lust und Licht.

Tarum gebt alle!

Ihr helft mitbauen an dem großen Erziehungswerk der sozialistischen Jugendbewegung, an der Zukunft des Sozialismus!

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

übergeht, den Kampf aufzunehmen und sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, die geeignet ist, der machtbewußten Front des Unternehmertums die organisierte Macht der gesamten Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Ferner gab die Versammlung eine Empathieerklärung für die im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen in Lichtenburg ab.

Geht nicht nach Bremen!

In den letzten Jahren spielten sich in Bremen eine Reihe Lohnkämpfe ab, die die Arbeitgeber schon lange dazu veranlaßten, gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. In der letzten Zeit haben sich die Zustände der Unertaglichkeit gesteigert. Das System der schwarzen Listen, wie es vor dem Kriege gang und gäbe war, ist hier scheinbar wieder in vollem Umfange eingeführt worden. Die Freizügigkeit der Arbeiter ist fast vollständig unterbunden. So konnte in letzter Zeit wiederholt festgestellt werden, daß Arbeiter, die an irgendeinem Streik beteiligt waren, selbst wenn derselbe schon wochen- oder monatelang beendet war, bei keiner hiesigen Firma wieder eingestellt wurden. Andere Arbeiter, die ordnungsmäßig bei einer Firma ausgetreten, konnten anderswo keine Arbeit bekommen, oder wenn sie bereits in Arbeit getreten waren, mußten sie auf Veranlassung der Firma, bei der sie früher beschäftigt waren, wieder entlassen werden. Eine Anzahl verheirateter Arbeiter haben deshalb Bremen schon verlassen müssen, um anderweitig Arbeit zu bekommen. Was es aber für einen verheirateten Arbeiter bedeutet, unter den heutigen Verhältnissen einen doppelten Haushalt führen zu müssen, brauchen wir wohl nicht besonders auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite geht eine Anzahl hiesiger Firmen dazu über, in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte für Bremen zu suchen, obwohl auf dem hiesigen Arbeitsmarkt noch genügend Arbeitskräfte vorhanden sind. Eine Anzahl Kollegen sind leider schon auf diese Annoncen hereingefallen, haben hier Arbeit angenommen, ohne sich vorher bei ihren zuständigen Organisationen zu erkundigen. — Weiter möchten wir darauf hinweisen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen hier ziemlich schlecht sind, so daß die nach hier gekommenen Kollegen froh sind, wenn sie Bremen bald wieder verlassen können.

Wir bitten alle arbeitsfreundlichen Blätter um Nachdruck dieser Notiz.

Generalfreist in Venetien.

Die Verhandlungen mit dem Generalkrat der Arbeitnehmerverbände und den Industriellen sind ohne Ergebnis verlaufen, da die Vertreter der Arbeitgeber Venetiens erklärten, die Betriebe ohne eine Lohnreduzierung nicht aufrechterhalten zu können. Infolgedessen hat der Generalkrat den Generalfreist für die ganze Provinz Venetien ab Sonntag Mitternacht proklamiert. Die Angestelltenverbände haben sich dem Streik nicht angeschlossen. Die Eisenbahner warten die Entscheidung ihres Zentralvorstandes ab. Die lebenswichtigen Betriebe, Elektrizitätswerke und Gaswerke sind durch die Streikleitung vom Streik ausgenommen. Zeitungen werden nicht erscheinen.

Der Generalfreist in Ligurien hat durch den Anschluß der Gemeindebeamten und durch die Einstellung des Straßbahnenverkehrs in Genua und anderen Provinzhäupten eine weitere Ausdehnung erfahren. Auch für Ligurien sind die in Rom geführten Verhandlungen, denen ein Kommissar des Arbeitsministers beiwohnte, ohne Ergebnis verlaufen.

Die Konditoreibetriebe können sich durchaus nicht an die neue Zeit gewöhnen. Von den patriarchalischen Verhältnissen können und wollen sie nicht loskommen. Es war doch zu schön, als sie noch mit väterlichem Wohlwollen über das Wohlergehen ihrer Angestellten

wachten und dafür sorgten, daß bei möglichst langer Arbeitszeit und recht geringer Entlohnung das Personal auf keine „schlechten Gedanken“ kommen konnte. — Deshalb glauben noch so viele, sich ungeheuer über tarifliche Bestimmungen hinwegsetzen zu können. Aber was soll man dazu sagen, daß selbst die Leitung der Konditoreninnung, welche noch am 3. November vor dem Schlichtungsausschuß einen Vergleich mit der Organisation abschloß, der Organisation mitteilte, daß auch ihre Mitgliederversammlung vom 11. November dem Vergleich zugestimmt hätte, in derselben Versammlung aber beschließen ließ, daß für das Bedienungspersonal eine andere als die tarifliche Entlohnung stattfinden sollte. Nicht nur, daß sie erst ihre Preise gewaltig erhöhte, nein, jetzt wollen sie überhaupt keinen Lohn zahlen, den soll das Bedienungspersonal von den Gästen einkassieren. — Die Finanzämter müssen sich jedenfalls für die Lohnsummen interessieren, welche in die Steuererklärungen eingestellt sind, ohne gezahlt zu werden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hat sofort die notwendigen Schritte eingeleitet, um den Herren Konditorenbesitzern klar zu machen, daß auch sie sich an die tariflichen Bestimmungen zu halten haben. Die entzogenen Lohnsummen werden in den einzelnen Fällen eingeklagt werden.

Die Betriebsräte und Obleute des Bedienungs-personals werden in einer am Donnerstag, abends 8 Uhr, in den Ruffersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, stattfindenden Versammlung dazu Stellung nehmen.

Die Konditorenbesitzer Raabste, Koloniestr. 3/4, und Bürgens (Hagemeyer), Weihensee, Berliner Allee 33, wollen ihrem Personal die Lohnerhöhung nur gewähren, wenn sie dem Gewerksverein (H.D.) der Bäcker und Konditoren beitreten.

Vielleicht wünschen diese Herren, daß auch in ihren Geschäften nur Publikum verkehrt, das in den Hirsj-Dunderschen Gewerksvereinen organisiert ist.

Der Hauptbetriebsrat der Betriebe und Verwaltungen des Magistrats Berlin erucht um Verichtigung unseres Berichtes über die Funktionärsversammlung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes am 14. November, soweit sich der Bericht auf die Neuwahl des Zentralbetriebsrats bezieht.

Der Zentralbetriebsrat sei lediglich deshalb zurückgetreten, weil sein Amt durch den Neuaufbau des Bezirks- und Gesamtbetriebsrats der Deputationen automatisch beendet war. Stimmberechtigt im Hauptbetriebsrat seien nur 33 Personen. Auf die Neugewählten seien 82, 27, 22, 20 und 17 Stimmen entfallen.

Die Firma Sella & Kay, Chemische Fabrik (Schubputz), Berlin, Guelandstr. 11, hat die dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter ausgearbeitet, weil sie den Tariflohn beanspruchten. Der Betrieb ist deshalb für Arbeiterinnen und Arbeiter gesperrt. Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt. Arbeitsfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Fabrikarbeiter. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Zentralverband der Fleischer. Wir warnen alle Kollegen und Genossen vor einer Frau Charlotte Heyden, wohnhaft Berlin N., Hochstr. 10, bei Tamalstraße, früher bei der Firma Jaupel u. Haake (Etha-Werke), Berlin-Brick, jetzt bei der Firma A. Hester, Leipziger Straße, beschäftigt. Dieselbe leistet ihrem jeweiligen Arbeitgeber Spieß- und Zuträgerdienste.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Oktober 1921 (Mitscheidens: IV. D. Nr. 2649 Sd. Nr. 1) ist der am 23. Juli 1921 abgeschlossene Tarifvertrag für die Angestellten im Möbelhandel mit Wirkung vom 15. August 1921 für die Stadtgemeinde Berlin für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Angestelltenstreik in Danzig. Wegen Lohnforderungen infolge der wachsenden Teuerung sind gestern mittag um 12 Uhr sämtliche Angestellte des Senats und der staatlichen Behörden (auch Post, Justiz und Polizei) in den Streik getreten.

Zwecks Wiederaufnahme der Arbeit in Dortmund fanden zwischen den in Frage kommenden Parteien Verhandlungen statt. Soweit bisher bekannt, ist mit der Annahme des in Berlin für die Dortmunder Metallindustrie gefällten Schiedspruches zu rechnen.

Im Düsseldorf Metallarbeiterstreik wurde am Sonntag eine verbindliche Verständigung zwischen Arbeitgeber und Vertretern der Streikenden abgebalten. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie grundsätzlich an ihrer Stellungnahme festhalten müssen und geben den Arbeitern für den Fall der Aufnahme der Arbeit die Zusicherung, daß die Zulage für Dezember nicht unter 1 Mark für die Stunde, sondern höher sein werde. Der Abbruch des Streiks bedingte auch die Aufhebung der Kündigungen. Nachregelungen sollen nicht stattfinden. Die allgemeinen Arbeiterrechte treten wieder in Kraft, die Arbeit gelte nicht als unterbrochen. Die Metallarbeiter beschlossen am Montag (gestern), eine Abstimmung vorzunehmen, ob die erwähnten Abmachungen Gültigkeit haben sollen oder nicht.

Eisenbahner-Tarifstreik in Italien. Aus Neapel meldet WTB.: Die Eisenbahner sind in den Ausland getreten, der allerdings nur teilweise durchgeführt wird. Die Regierung hat auf Grund des Gesetzes, das den Streik in öffentlichen Betrieben verbietet, drei Rädelsführer entlassen und weitere Maßnahmen gegen andere Streikende getroffen.

Achtung, Unheimlichkeit! Die Sitzung der Verhandlungskommission ist nicht heute vormittag, sondern heute nachmittags 3 Uhr an bekannter Stelle.

ADGB-Mitglieder. Heute 3 Uhr bei Ospalati, Wilhelmstr. 133, Versammlung. Parteimitgliedsbuch legitimiert. Der Funktionärsrat.

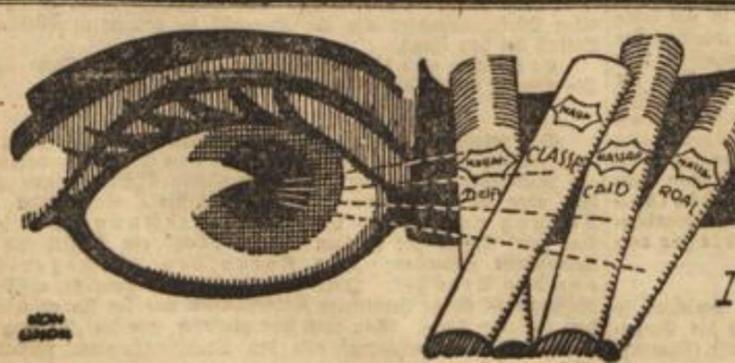
Zentralverband der Angestellten. Mittwoch: Kohlen: Funktionärs-Versammlung 7 Uhr im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10. Kurze, Galanterie, Spielwaren: Mitgliederversammlung 6 Uhr Ruffersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsverband der Arbeitsbeschäftigten. Dinergruppe Kaufm. Geschäftshalle, Döblichstr. 46. Dienstag, den 2. November, abends 8 Uhr, in der Aula des Kaiser-Wilhelm-Realschulgebäudes, Ruffersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31-32, Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. — Ueber englische Schulen und Kontinental-Beimie wird Clara Grunwald am Dienstag, den 2. November, 7 1/2 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung des Bundes mitgliedlicher Schulreformer in der Aula des Werner-Siemens-Realschulgebäudes, Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstr. 47-48 (Untergrundbahnhof Silberstein-Bahnhof), sprechen. Die Referentin ist toeben von einem längeren Studienaufenthalt in England zurückgekehrt. Jedermann willkommen.

Bericht. Für den redakt. Teil: Dr. Werner Pelzer, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glage, Berlin. Verlag Formaria-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaria-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 5. Circa 1 Blatt.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung
beste Fabr. gr. Auswahl, Verk. meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 6a 20-21.



Das sind sie
die
guten **MASSARY-Ligarett**
Massary-**Class** 50, **Cald** 60, **Roal** 70
Urteilen Sie selbst!

Groß-Berlin

Plünderertrupps im Zentrum.

Ausschreitungen in der König- und Gertraudenstraße.

Das Plündererreiben in Berlin, das am Schlusse der vergangenen Woche sich nur noch in weniger ernst zu nehmenden vereinzelten Räubereien kundtat, ist gestern im Zentrum der Stadt, ganz offensichtlich als ein Werk gewissenloser Hehrapostel, von neuem sehr bedenklich in Erscheinung getreten.

Als die Versammlung etwa gegen 2 Uhr geschlossen worden war, bildeten sich verschiedene Jüde, von denen der eine die Rosenthaler Straße in der Richtung der Brunnenstraße unter aufgeregten Rufen durchzog.

gejamten Küchenauslagen

mit Einschluß der Strappen wanderten in die Taschen der Demonstranten. Darauf rückte der Zug gegen das in selben Haus befindliche Konfektionsgeschäft von Kornblum vor, wo ebenfalls zusammengedrängt wurde, was sich nur irgendwie mitnehmen ließ.

die ganze Garderobenausstattung

verschwinden. Nachschuppen wurden zertrümmert und die Stoffspannungen der Dekoration heruntergerissen. Einer der Geschäftsführer wehrte, mit dem Revolver in der Hand, der Menge den Eingang.

Die uns später mitgeteilt wird, befanden sich die im Polizeipräsidium eingelieferten Burschen durchweg im Alter von 16 bis 25 Jahren. Man konnte ihnen noch einen Teil der geraubten Sachen, u. a. ganze Pakete mit Handschuhen, Wäsche, Regenmäntel usw. abnehmen.

Das „Deutsche Abendblatt“, das bei seiner Gründung versprach, jeden Tag eine Sensation zu bringen, ist bei diesem Streben völlig auf den Hund gekommen. Wenn es keine Sensationen gibt, so müssen eben welche gemacht werden.

Die Presse muß selbstverständlich über solche verurteilenswerten Vorgänge berichten. Daß sie dabei nicht durch Uebertreibungen der an sich schon bedauerlichen Tatsachen das Publikum beunruhigt, entspricht dem journalistischen Anstand.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

„Nein, eine andere Stelle suche ich nicht. Das schwöre ich Ihnen.“

„Soll ich Ihnen glauben?“ Frau Görke erhob sich wieder und trocknete ihre rechte Hand an der Schürze, ehe sie sie Annemarie gab.

„Ich schwöre es Ihnen.“

„Also Sie kommen dann wieder zu uns zurück?“

„Nein, das glaube ich nicht.“

„Sie kommen nicht zu uns zurück — und eine andere Stelle suchen Sie auch nicht? Wie soll ich das nur verstehen? Wollen Sie privatisieren?“

„Vielleicht.“ Annemarie lachte übermütig.

Frau Görke begriff weniger und weniger. Es war ja eine Menge Geld, was Fräulein hier bekommen hatte, und schwer genug war es sie angekommen, es jeden Ersten zu zahlen. Aber daß sie soviel zurücklegen konnte, um davon leben zu können, schien ihr dennoch rätselhaft.

Kopfschüttelnd ging sie hinaus. Draußen traf sie Thea.

„Sprich doch mal mit Fräulein. Sie will fort, und ich werde nicht klug aus ihr, ob sie wiederkommt oder nicht.“

„Sie kommt nicht wieder,“ sagte Thea kurz.

„Du weißt schon?“

„Ja, Mama, ich weiß schon.“

Frau Görke rang die Hände. „Alle wissen Bescheid. Nur die Hausfrau weiß nichts. Ach, Thea, tu mir doch den Gefallen und sprich mit ihr!“

Thea schüttelte schweigend den Kopf.

„Den kleinen Gefallen könntest du mir schon tun, Kind.“

„Was ist denn eigentlich mit Lothar, daß er schon wieder abgefahren ist?“

„Er ist abgereist.“

„Ja. Er hat abtelephoniert. Er muß mit dem Mittagzug wieder zurück nach Berlin. Und das gute Pfirsichkompott habe ich nun ganz umsonst —“

Aber sie kam mit der Klage über das Pfirsichkompott nicht zu Ende. Thea schnitt ihr die Rede ab. „Schadet nichts,

Der Kampf gegen das Wohnungs-Volksgericht.

Rückschritt oder Fortschritt im Mieterschutz?

Das Einigungsamt soll aufhören, Volksgericht zu sein. Der Entwurf des Reichsjustizministeriums über Mieterschutz und Einigungsämter will es so. Das Reichskabinett hat zugestimmt. Dann passiert der Entwurf noch Reichsrat und Reichswirtschaftsrat und schließlich hat die Repräsentation des Volkes, hat der Reichstag Gelegenheit, sich als ausschließlicher und souveräner Gesetzgeber zu betätigen, weil das nun einmal die Reichsverfassung, die Verfassung der neuen Republik so will.

Das Entstehen der Einigungsämter.

Die Einigungsämter sind keine republikanische Schöpfung. Ludendorffs Zivilhelfer schufen sie, um den Verdruss an der Wohnungsmisere herabzumindern und die berühmte Heimatsfront zu erhalten. Der Rohr hat seine Schuldigkeit getan. Soll er nun gehen? Tatsache ist, daß das Einigungsamt seinen Schöpfern über den Kopf gewachsen ist. Sie dachten niemals an Sondergerichte und Organe einer neuzeitlichen Sozialrechtspflege, und sie waren die letzten, die das Laienelement in die Zivilrechtspflege einführen wollten.

Welche Gründe hat der Entwurf?

Es sei in den Sprüchen der Einigungsämter zweifelsfrei, Billigkeit und Oberaufsichtlichkeit, und das läge an zweierlei: 1. Am

Daher die Mehlluaptheit.

Brotkarienunterschlagungen und Schleichhandelsgebäd.

Vor dem Landgericht Berlin II begann gestern ein umfangreicher Prozeß wegen eines großangelegten und lange getriebenen Brotkarienschwindels. Auf der Anklagebank saßen zehn Personen, an ihrer Spitze ein Magistratssekretär aus Lichterfelde. Die Zahl der von dem Staatsanwalt und den Verteidigern geladenen Zeugen belief sich auf zusammen 44, unter denen sich viele Beamte und Angestellte der städtischen Brotversorgung und andererseits mehrere führende Vertreter des Bädereigewerbes befanden.

Beschuldigt werden: der Magistratssekretär Otto Gerstner

Mangel gesetzlicher Richtlinien und 2. an der Häufung von Arbeit und Unkosten. Beide Gründe sind fadenscheinig und als solche für den Laien erkennbar. 1. Richtlinien kann der Gesetzgeber dem Einigungsamt ebenso gut geben wie dem Amtsgericht. Der Entwurf selber sieht schematische Kündigungsgründe vor, wonach künftig der Amtsrichter urteilen soll. Dasselbe oder ein besseres Schema ließe sich natürlich auch für das Einigungsamt zur Geltung bringen. Richtiger aber, man führt eine Rechtsbeschwerdeinstanz ein (wie das der Entwurf für die dem Einigungsamt vorläufig belassene Tätigkeit tut) — das wird, wie alle höherstufige Judikatur, die Schiedsprechung hinreichend vereinheitlichen.

Polizei oder Gericht?

Andere Teile des Entwurfs, insbesondere über die Unabhängigkeit der Mitglieder der Einigungsämter, in Ehren. Die Hauptfrage ist: Polizei oder Gericht? Es geht um Begründung oder Ausbau volksgesetzlicher Anfänge, um Befestigung oder Festigung der Zivilschöpfung — es geht um Rückschritt oder Fortschritt. Der Fortschritt soll sein, daß die Sprüche des Einigungsamtes in Käumungssachen vollstreckbar werden und die Einigungsämter die einzigen und ausschließlichen Wohnungsgerichte. Die Anwälte werden als Sozialanwälte ihr Feld finden — die Justiz aber wolle des Volkes wegen da sein und nicht ungelehrt; deshalb möge sie nicht standes-, sondern verständnisgemäß handeln.

Stadtrat Brumbach-Neuföhn.

aus Lichterfelde der fortgesetzten Unterschlagung von Brotkarten, auch von Reisbrotmarken sowie von Zuckerkarten, und der Annahme von Geld, das er zu festen Sätzen für Hergabe der Karten gefordert haben soll; ferner sieben Bäckermeister: Josef Lamm, Erich Ulrich, Franz Rutschmann, Berthold Hundek, Albert Wolff, Gustav Ludwig, Thomas Czetzka sowie eine Verkäuferin Klara Pehler und eine Schneiderin Ella Schulz der Hehlerei bzw. Beihilfe, begangen durch Anlauf oder Weitergabe unterschlagener Brotkarten, die dann bei der wöchentlichen Ablieferung der rechtmäßig erworbenen Brotkartenabschnitte mit eingeschoben wurden, um sich größere Mengen von Mehl zu verschaffen und besonderes Gebäck im Schleichhandel zu hohen Preisen verkaufen zu können.

An der Aufdeckung des Treibens ist die erst im April dieses Jahres von der Stadt Berlin geschaffene Uebervachungsstelle beteiligt, die zur Verhütung von Diebstählen

Mutter Dafür will ich dir auch den Gefallen tun und mit Fräulein reden.“

„Du siehst so blaß aus, Thea. Willst du nicht doch mal zum Doktor gehen?“

„Nein,“ sagte sie ernst und bestimmt, „der kann mir nicht helfen.“

Sie ging zu Annemaries Zimmer. Als sie den Finger zum Klopfen ansetzte, zögerte sie noch einmal, aber dann klopfte sie laut und stärker, als nötig war, und trat ein, noch ehe man drinnen „Herein!“ gerufen hatte.

Julius Görke und Dore Franzius warteten im Wohnzimmer. „Aun, Lothar ist da?“

„Er ist schon wieder zurück nach Berlin —“ sagte Frau Görke.

„Er ist genau ein so unruhiger Geist wie sein Bruder,“ entschied Görke.

Dore Franzius überhörte die Taktlosigkeit ihres Vaters. „— und Fräulein will auch auf einige Zeit verreisen,“ vollendete Frau Görke ihre Hiobspost.

„Fräulein? Ja, wohin verreist sie denn? Sie kann ja ihre Stellung zum nächsten Ersten kündigen. Aber so mir nichts dir nichts kann sie doch nicht verreisen!“

„Und ich weiß nicht einmal, ob sie wiederkommt. Sie sagt, sie wolle privatisieren.“

Julius Görke fuhr herum. „Privatisieren? Wo hat sie denn das Geld dazu her?“

„Sie wird Ersparnisse gemacht haben,“ meinte Frau Görke.

„Von deinen vierzig Mark im Monat? Laß dich doch nicht auslachen, Minna.“

„Was meinst du dann, Julius?“

„Ich meine nichts. Ich werde mich hüten, eine bestimmte Meinung zu äußern, ehe ich bestimmte Beweise habe. Aber einen Verdacht habe ich, der mir manches erklärt.“

Wieder und wieder war in gewissen Abständen Geld aus der Kasse im Schrank des Schlafzimmers genommen worden. Wer konnte es anders sein als diese fremde Person, da es doch nur ein Hausdieb sein konnte und da das Dienstmädchen viel zu dumm und tollkühnig dazu war. „Uebrigens kann sie erst übermorgen fahren. Der Postkar ist mir mit, daß ihre Anwesenheit bei der Testamentseröffnung nötig ist. Sie heißt doch Annemarie Tesmer?“

Beide Frauen starrten ihn entsetzt an, ohne zu antworten. „Hat Onkel Otto ihr denn etwas vermacht?“

„Es scheint so,“ sagte Görke kurz und ging im Zimmer auf und ab.

Dore Franzius tröstete die Eltern. „Gott, es kann ja höchstens was von den Möbeln sein. Denn sein Geld steckt doch im Geschäft.“

Frau Görke winkte der Tochter entsetzt ab.

Der Vater tat, als hätte er nichts gehört. „Uebrigens wird das Testament ja wohl nicht unanfechtbar sein,“ sagte er nach einer Weile zweifelnd.

Annemarie sah erstaunt auf, als Thea eintrat. Sie hätte jeden anderen Besuch eher erwartet.

Thea ging direkt auf sie zu und reichte ihr die Hand. „Ich gratuliere,“ sagte sie.

Annemarie wurde rot und nickte.

„Sind Sie mir nicht mehr böse?“ fragte Thea.

„Nein,“ sagte Annemarie, „es waren ja alles nur Mißverständnisse.“

Thea sehte sich. „Es waren nicht nur Mißverständnisse. Ich will nichts vertuschen. Unterbrechen Sie mich nicht, — ich will heute reinen Tisch machen. Ich will nicht länger so feige sein. Ich bin bössartig und abscheulich gewesen. Aber ich glaube — ich glaube, er könne mich vielleicht doch liebhaben.“

„Lassen Sie doch —“ bat Annemarie und hielt ihr Gesicht gesenkt.

„Nein. Ich muß alles sagen. Er liebt Sie. Wissen Sie das nun?“

„Ja.“

Eine Weile schwiegen beide. Annemarie blätterte mechanisch in einem Buch, das sie in den Koffer hatte packen wollen. Sie hätte um alles in der Welt jetzt nicht Thea ansehen können.

„Sie wissen nicht alles,“ begann Thea wieder. „Daß ich damals weglaufen wollte zu ihm, wissen Sie ja. Und ich hätte Ihnen so dankbar sein müssen, daß Sie geschwiegen haben.“

„Aber das war doch selbstverständlich.“

„Statt dessen bin ich undankbar und abscheulich gewesen. Haben Sie sich nicht gewundert, daß Lothar jetzt kam?“

„Ich habe nicht darüber nachgedacht.“

„Ich habe ihn andepeschert.“

(Fortf. folgt.)

